

Pressemitteilung

Bus-Chaos im Landkreis Konstanz

„Nichts fährt mehr und 100 Busfahrer haben ihren Job verloren.“

Frankfurt, 6. Februar 2020. Die Meldungen über die Probleme bei der Betriebsaufnahme der Busverkehre im Landkreis Konstanz und das Vorhaben, eine eigene kommunale Busgesellschaft zu gründen, geben dem Verein mobifair Anlass, den Landrat Zeno Danner und die Kreistagsfraktionen darauf aufmerksam zu machen, welche Schlüsse nun gezogen werden sollten. Es sei schon lange kein Einzelfall mehr, dass eine Betriebsaufnahme bei einem Betreiberwechsel nicht funktioniere. Das sei vorhersehbar, da die meisten Aufgabenträger den Preis - getarnt als wirtschaftlichstes Angebot - als wichtigstes Kriterium bei der Vergabeentscheidung nutzten.

Dass nun der Landkreis in seiner nächsten Sitzung die Gründung einer kommunalen Busgesellschaft beschließen will, begrüßt der Verein, bezweifelt jedoch, dass die finanziellen Mittel ausreichen werden, wenn man kostenneutral in der Höhe des Angebotes bleiben will, das seinerzeit den Zuschlag erhalten hat. Es würden mehr Busfahrer benötigt und auch Lohn- und Sozialstandards müssten entsprechend einkalkuliert werden. Wenn man qualifizierte Busfahrer wolle, müsse man diese auch tarifgebunden ordentlich entlohnen. mobifair appelliert zudem an die Entscheidungsträger, für die wahrscheinlich unumgänglichen Notvergaben an Subunternehmen mit dem früheren Betreiber der Linien Kontakt aufzunehmen.

„Zu denken, dass billig vor sozial stehen sollte, ist mehr als beschämend für einen Aufgabenträger, für Landkreise, Städte und Gemeinden, die solche Vergaben mitentscheiden. Kein Busfahrer kann etwas dafür, dass hier der „Ausschreibungswahn“ um sich greift“, macht Helmut Diener, Vorstand von mobifair deutlich. „Man muss bedenken, dass durch die misslungene Ausschreibung über 100 Beschäftigte des Altbetreibers ihre Arbeit verloren haben. Sie sind hochqualifiziert und waren jahrelang zuverlässig für alle Buskunden im Landkreis unterwegs. Sie brachten die Kinder zur Schule und wieder nachhause. Sie wohnen mit ihren Familien in diesem Landkreis. Ihnen wurde aus ‚wirtschaftlichen‘ Gründen die Wertschätzung und die Arbeit genommen.“

